**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
**Band:** 9 (1915)
**Heft:** 11

**Artikel:** Eine neue Presse für ein neues Europa
**Autor:** Fernau, Hermann
**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-133569

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 11.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

Der Gläubige und der Ungläubige aber, leitet sie nur die reine Absicht in ihrem Werke, übergießen das Alltäglichste, die vielgeschmähte Politik, den harten, rücksichtslosen Kampf mit dem Glanz der religiösen Weihe. Er zieht die Besten an, und sie läßt den Menschen das Größte vollbringen.

Th. B., Luzern.

---

# Eine neue Presse für ein neues Europa.

Wer im Journalismus tätig ist und den Einfluß und Anteil kennt, den die moderne Zeitung nicht nur auf die öffentliche Meinung der Völker, sondern auch auf die Gestaltung der internationalen Politik hat, der wird mir beistimmen, wenn ich sage, daß die Presse einen nicht geringen Teil der Schuld an dem gegenwärtigen Weltkrieg trägt. Es gibt natürlich zahlreiche Journalisten und Zeitungen, die von dieser Anklage freizusprechen sind, aber in keinem europäischen Großmachtstaat hatten sie genügend Autorität, um als Gegengewicht wirken zu können. In Deutschland, Frankreich, England, Rußland, Oesterreich und Italien beherrscht die sogenannte national gesinnte Presse das Publikum und betrachtete es als ihre vornehmste Aufgabe, ihren Lesern über die internationale Politik ganz bestimmte (das heißt aggressive) Ansichten zu suggerieren. Es galt als Beweis guter Gesinnung und Vaterlandsliebe, wenn man überall den nationalen Standpunkt auf Kosten des Nachbarn herausstrich bis zur Drohung und Beleidigung. Wir haben Interessen im Balkan, im Orient, in China und Südamerika. Wenn unsere Nachbarn behaupten, sie hätten dort auch Interessen, so ist das Humbug; denn ihre Ansprüche sind übertrieben, lächerlich, ungerecht. Nur wir usw., usw. Ein Wort gab das andere, eine Behauptung brachte eine verärgerte Gegenbehauptung und so wurde nach und nach die sogenannte Weltpolitik der europäischen Presse ein Kampf, wo jeder schließlich berufsmäßig Gift und Galle in seine Druckerschwärze mischte. Von Treu und Glauben, Vertrauen in die Anständigkeit des Nachbarn, Wunsch zur gegenseitigen Aussprache und Versöhnung war in den Spalten der nationalen Presse aller Großmächte nichts zu fühlen.

So entstand der Krebsschaden des modernen Zeitungswesens, die sogenannte Hetzpresse. Wir wollen niemand beleidigen und keinen Namen nennen. Aber jedermann weiß, daß diese Hetzpresse in allen Haupt- und Nebenstädten aller heut kriegführenden Länder ihre Vertreter hatte. Zwar verwahrte sie sich bei passender Gelegenheit hoch und heilig gegen kriegerische Absichten, auf Um- und Schleichwegen aber arbeitete sie beständig (vielleicht mehr in-

stinktiv als absichtlich) an der Verhetzung der Völker. Ihr oberstes Prinzip in der Weltpolitik war überall dasselbe: Nur mit Drohungen und Furchteinflößung erzielt man Erfolge. Wer sich friedlich zeigt, wird rücksichtslos beiseite geschoben; denn er gilt als schwach und feig.

Zudem haben uns gewisse Debatten im Reichstag, gewisse sensationelle Prozesse in Paris, gewisse Enthüllungen und Skandale in Wien, London und Petersburg zur Genüge darüber belehrt, daß diese Presse im Solde der Rüstungsfabrikanten stand und daß sie mit ihrer schneidigen, allzu schneidigen Haltung nicht nur die Interessen des Landes, sondern namentlich die Interessen des eigenen Geldbeutels förderte.

Vielleicht findet sich in ruhigen Zeiten einmal der Historiker und Psychologe, der das vorhandene Beweismaterial gegen die Hetzpresse zu einer vernichtenden Anklage ordnet und die Mitschuld klarstellt, die sie in allen Staaten an der gegenseitigen Völkerverhetzung und dem damit notwendig werdenden Krieg trägt. Denn es ist klar, daß wenn ich mit meinem Nachbar und Konkurrenten Streitigkeiten über unlauteren Wettbewerb, Absatzgebiete, Transportmittel, Besitzgrenzen usw. habe (und diese sind im Daseinskampf der Völker unvermeidlich), ich früher oder später mit ihm zu einer Rauferei gelangen muß, wenn ich, anstatt ihm freundlich auf die Schulter zu klopfen und ihn zu einer friedlichen Besprechung der strittigen Punkte einzuladen, ihm nur immer mit meiner Faust drohe und seine Schikanen mit meinen Schikanen erwidere. Das Drohen mit der Faust aber war die zum Teil bewußte, zum Teil unbewußte Aufgabe der großen Presse, die ausschließlich dem Prinzip huldigte, man könne sich im Völkerleben nur mit Ausstellung von Macht und Gewalt, mit offenen oder versteckten Drohungen und Anklagen seinen Platz an der Sonne sichern. Daß sich dieses journalistisch-politische Prinzip ganz und gar mit den Interessen der Rüstungsfabrikanten deckte, liegt klar auf der Hand. Je mehr Mißtrauen, Haß und Neid unter die Völker gesäet wurde, umsomehr mußten sie gerüstet sein, um den ewig perfiden Nachbarn im Notfalle mit Gewalt zur Vernunft zu bringen. Aus diesem Grunde auch haben alle Parlamente immer wieder mit überwältigenden Mehrheiten alle Rüstungsvermehrungen gutgeheißen, die man von ihnen verlangte. Man konnte ja in dieser von beständigen Drohungen geschwängerten europäischen Luft nicht genug gerüstet sein.

Der Weltkrieg ist ausgebrochen. Er mußte ausbrechen. Denn er war nicht nur, wie der Führer der deutschen Pazifisten Dr. Fried in seinem neuesten Buche sagt „die logische Folge jenes Friedens, den wir besaßen", sondern auch das Ergebnis der Kampfmethoden unserer Weltmachtjournalisten. Heute fühlt alle Welt, daß der kommende Frieden anders organisiert werden muß als der bis-

herige, der doch nur ein Scheinfrieden war, weil er künstlich auf Bajonetten und Drohungen balanzierte.

Eine der Hauptforderungen, die in diesem Sinne gestellt werden muß, ist die gründliche Umgestaltung der großen Presse, soweit die internationale Politik in Frage steht. Wenn die Diplomaten, die morgen berufen sein werden, neue Friedensgarantien für Europa zu schaffen, vernünftig sind, dann werden sie diesem Punkte ganz besondere Beachtung schenken. Es handelt sich durchaus nicht darum, die Preßfreiheit zu beschränken, die eine der stolzesten Eroberungen der Zivilisation ist. Jeder Schriftsteller, Politiker und Wissenschaftler soll nach wie vor die Möglichkeit haben, dem Publikum seine Meinungen über die Weltpolitik vorzutragen. Zunächst aber müßte gefordert werden, daß alle Zeitungsaufsätze von ihren Verfassern zu zeichnen sind. Schon Schopenhauer hat sich energisch in diesem Sinn ausgesprochen. Keine anonymen Leitartikel mehr, die den Eindruck erwecken, als drückten sie die Meinung ganzer Volksschichten aus. Diese mysteriös dreinschauenden, von unbekannten Größen ausgehenden, weltpolitischen Leitartikel waren, mehr als man glaubt, die Brutstätte gehässiger, kriegerischer Gesinnungen gegen den Nachbarn. Mit dieser Praxis muß aufgeräumt werden. Wer etwas zu sagen hat, soll auch mit seinem Namen dafür einstehen. Das wird in den meisten Fällen nicht nur seinen aggressiven Gedankengang mäßigen, sondern auch die Wirkung des Gesagten auf die Leser.

Die zweite und hauptsächlichste Forderung aber wäre eine vollständige Neugestaltung des journalistischen Begriffes von der Weltpolitik. Freilich kann man niemand zwingen, seinen Nachbarn zu lieben wie sich selbst. Aber man kann ihm eine Pflicht zur Anständigkeit und Reserve diktieren, die ihn verhindert, der Masse der Leser seinen Haß und seine Kriegslust zu suggerieren. Wie in so viel Dingen, hat auch hier die kleine, neutrale Schweiz ihren großmächtigen Nachbarn ein treffliches Vorbild geliefert. Der Schweizer Bundesrat hat am 3. Juli 1915 in der Tat folgendes Dekret erlassen:

„Wer öffentlich in Wort oder Schrift, in Bild oder Darstellung ein fremdes Volk, dessen Staatsoberhaupt oder dessen Regierung in der öffentlichen Meinung herabwürdigt oder dem Hasse und der Mißachtung preisgibt; wer eine nichtöffentliche Aeußerung dieses Inhalts in beleidigender Absicht öffentlich macht, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Buße bis zu 5000 Fr. bestraft. Die beiden Strafen können verbunden werden. Wer Drucksachen, Bilder oder andere Darstellungen, die Beschimpfungen gegenüber einem fremden Volke, dessen Staatsoberhaupt oder dessen Regierung enthalten, ausstellt, in Verkehr bringt oder feilhält, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldbuße bis

zu 1000 Fr. bestraft. Die beiden Strafen können auch hier verbunden werden."

Man nehme dieses Dekret und wende es getrost auf die gesamte europäische Presse an. Die über den neuen Frieden verhandelnden Diplomaten sollten nicht zögern, allen Nationen ein solches oder ähnliches Gesetz zu diktieren. Es gehört nicht einmal eine besondere Kühnheit dazu, diesen Vorschlag zu machen. Denn welche Regierung würde es wohl wagen, einen dahingehenden Vorschlag abzulehnen? Haben nicht alle Regierungen immer wieder betont, daß sie von dem heißen Wunsch beseelt sind, den Frieden zu wahren? Bis jetzt aber waren sie zum Teil selbst die Gefangenen ihrer Presse. Dies schon deshalb, weil eine Regierung allein nicht mit einer solchen Gesetzgebung beginnen konnte. Was in der Tat hätte beispielsweise ein solches Gesetz in Deutschland allein genutzt? Die dadurch erzwungene, reserviertere Haltung der deutschen Presse wäre wahrscheinlich von der Nachbarpresse im umgekehrten Sinne der beabsichtigten Wirkung ausgelegt worden. Es ist also augenscheinlich, daß eine solche Gesetzgebung im Sinne der Kriegsverhütung nur Wert hat, wenn sie international geschaffen und gehandhabt wird. Und die dem Weltkrieg folgende internationale Friedensbesprechung kann die vorzüglichste Gelegenheit zu dieser einheitlichen Regelung bieten.

Nachdem der Weltkrieg einmal eine nie wiederkehrende Aussprachemöglichkeit unter den Nationen geschaffen hat, wäre es eine Kleinigkeit, eine solche Gesetzgebung zur internationalen Annahme und Durchführung zu bringen. Seine Anwendung wäre einem international gewählten Bureau (das seinen Sitz am besten im Haager Friedenspalast aufschlagen könnte) zu übertragen. Wo immer die Lektoren dieses Bureaus einen gehässigen Zeitungsartikel entdecken, der von nah oder fern eine Gefahr für die friedliche Diskussion der jeweils schwebenden internationalen Probleme bedeutet, dort müßten sie dieser Zeitung einen Verweis erteilen und, wenn das nichts hilft, bei der betreffenden Regierung Anzeige erstatten und Bestrafung fordern. Die „in Weltpolitik machenden" Journalisten und Schriftsteller würden sich schnell mit dieser internationalen Zensurbehörde abfinden. Wenn einer durchaus das Bedürfnis empfinden sollte, die Deutschen als „Barbaren", die Franzosen als „verfault und dekadent", die Engländer als „Krämer und Lügner", die Russen als „wilde Horden", die Serben als „schmutziges Pack" und dergleichen zu behandeln, je nun, der wird eben zu riskieren haben, wegen Völkerbeleidigung angeklagt zu werden, wie er ja auch eine Beleidigungsklage riskiert, wenn er einen Mitbürger vor Zeugen einen Lumpen oder dergleichen nennt. Was im Privatleben nicht erlaubt ist, darf im intellektuellen und politischen Leben erst recht nicht gestattet sein.

Es handelt sich nur darum, diese schon längst in der Luft unseres Zeitalters liegende (und auf anderen Gebieten, zum Beispiel in der Schuldner- und Verbrecherbelangung teilweise schon verwirklichte) internationale Rechtspflege und Gerichtsbarkeit in die Tat umzusetzen. Der durch den Krieg geschaffene Ausnahmezustand bietet hierzu, nochmals sei es wiederholt, eine nie wiederkehrende Gelegenheit.

Was für den Einzelnen gilt, gilt auch für die Gesamtheit. Auch im Gebiete der internationalen Politik und Moral muß es eine Sicherheitspolizei und öffentliches Gesundheitsamt geben. Was wir für unsere Städte und Staaten geschaffen haben und heut nicht mehr missen möchten (zum Beispiel Kontroll- und Bestrafungsstellen für Lebensmittelfälscher, ansteckende Krankheiten usw.), muß jetzt auch für die geistige Nahrung der Europäer geschaffen werden: Ein Zwang für die Journalisten, Redner, Schriftsteller und Intellektuellen aller Länder, ihre Nachbarn, wenn schon nicht mit Hochachtung, so doch mit Anstand, Friedfertigkeit und Vertrauen zu behandeln, und dem Volk keine vergiftete Geistesnahrung mehr vorzusetzen.

Ein Wort an alle, die guten Willens sind.

Hermann Fernau.

---

# Die Auflehnung gegen den Krieg.[1]

Es ist schwierig, seine Eindrücke wiederzugeben, wenn man mit solch echter Begeisterung und glühendem Patriotismus in Berührung gekommen ist, wie ihn Europa jetzt zeigt. Man hat zu sehr Angst, zu verallgemeinern. Die Lage ist so verworren, es werden so viele tolle und schaurige Dinge darüber gesagt, daß man ängstlich ist, auch nur ein Wort beizufügen, das sich nicht auf eigene Eindrücke und sorgfältig geprüfte Erfahrung stützt. Denn man möchte um alles in

[1]) Unter diesem Titel hat die Leiterin des Friedenskongresses der Frauen im Haag, dessen Erklärung im Augustheft der Neuen Wege veröffentlich ist, einen Bericht über die Erfahrungen abgegeben, die sie auf ihrer Missionsreise zu den verschiedenen Völkern gemacht hat. Es wurden von jenem Kongreß zwei Gruppen von Frauen ansgesendet, die die Beschlüsse des Kongresses an die Mächtigen der Erde ausrichten sollten. Die einen sollten die skandinavischen Länder, dazu Rußland und Amerika, die andern England, Deutschland, Oesterreich, Italien, Frankreich und Belgien (d. h. seine Regierung in Havre) besuchen. Zu der zweiten Gruppe gehörte die Verfasserin des Berichtes. Wir lassen diesen in extenso, einige kleine und ganz unwesentliche Abschnitte ausgenommen, folgen. Der Wert dieser Aeußerungen, der von selbst einleuchtet, wird noch dadurch erhöht, daß die Verfasserin eine der bedeutendsten Frauen unserer Zeit (und wohl aller Zeiten) ist, die durch ihre Genialität der Liebe ausgezeichnete Leiterin des Hull-Settlement in Chicago.